

Der US-Publizist Paul Street untersucht den Einfluss des "Council on Foreign Relations" auf die Politik der USA.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 198/15 – 25.10.15

Ja, es gibt eine herrschende imperialistische Klasse!

Von Paul Street

counterpunch, 06.10.15

(<http://www.counterpunch.org/2015/10/06/yes-there-is-an-imperialist-ruling-class/>)

Die jüngste Geschichte besteht nicht nur aus zufällig aneinander gereihten Ereignissen und ist auch nicht das alleinige Ergebnis eines abgekarteten Spiels einer kleinen Clique übermächtiger Verschwörer. Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen. Ein relativ großer Kader aus klassenbewussten, systemtreuen und im Hintergrund agierenden Drahtziehern die an der Spitze der Konzerne und der Regierung stehen, bestimmen den imperialistischen Kurs in der gegenwärtigen US-Politik. Gemeinsam mit von ihnen bezahlten "Experten", die ihre grundlegenden Ziele als "alternativlos" propagieren, wollen sie ihren Reichtum und ihre Macht ständig vermehren. Mit ihrem profitablen System, das sein Zentrum in den USA hat, versuchen sie sich immer mehr Außenposten in der gesamten globalisierten Welt zu verschaffen.

Hinter den Kulissen üben sie einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf den Gang der Ereignisse und die Politik aus – meist unter dem Deckmantel der Demokratie. Sie betreiben ihr Komplott vor den Augen der Öffentlichkeit. Ihre nicht geringe Anzahl, ihre Namen und Aktivitäten, ihre Tätigkeitsfelder und Einflussbereiche können von jedem herausgefunden werden, der über die nötige Zeit, Sachkenntnis, Hartnäckigkeit und Bereitschaft verfügt, sich mit ihrem Treiben zu beschäftigen.

Sie benutzen die vom Volk gewählte Regierung ausschließlich dazu, die Macht der herrschenden Klasse zu erhalten und die imperialistische Diktatur des Geldes und des Reichtums zu sichern. ["Wir müssen uns entscheiden zwischen der Demokratie und dem Reichtum in den Händen Weniger, beides zusammen können wir nicht haben," schrieb Louis Brandeis, ein Richter am U.S. Supreme Court, bereits im Jahr 1941.] Sie wollen den Kapitalismus und seinen noch schlimmeren Zwilling Bruder Imperialismus erhalten und bedienen sich dazu auch des Rassismus, des Nationalismus, der Willkür der Polizei, der Umweltzerstörung und des Patriarchats. Karl Marx hat sie als "Bourgeoisie" bezeichnet, "die über den ganzen Globus ausgeweitete Märkte braucht". Die deutsche Marxistin Rosa Luxemburg stellte fest: "Das Kapital nutzt die Produktion und die Arbeitskraft der ganzen Welt zu seiner unbegrenzten Akkumulation."

Nirgendwo wird die Planung und der Einfluss der herrschenden Klasse der USA, des mächtigsten kapitalistischen Staates der Weltgeschichte, so deutlich wie im Council on Foreign Relations / CFR (im Rat für Auswärtige Beziehungen, s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Council_on_Foreign_Relations). Es gibt Hunderte von Institutionen und Organisationen der US-Elite, die in den USA selbst und im Ausland ein geschlossenes planerisches Netzwerk bilden. Der linke Historiker Laurence H. Shoup hat in seinem wichtigen neuen Buch "Wall Street's Think Tank: The Council on Foreign Relations and the Empire of Neoliberal Geopolitics, 1976-2014" (Die Denkfabrik der Wall Street: Der Council on Foreign Relations und die neoliberale Geopolitik von 1946-2014, s. http://monthlyreview.org/product/wall_streets_think_tank/) festgestellt, keine dieser Institutionen sei auch nur

annähernd so bedeutend und so einflussreich wie der CFR, wenn es um die Vertretung der nationalen und globalen Klasseninteressen der kapitalistischen Elite der USA und der herrschenden Klasse insgesamt geht. Dem CFR gehören 5.000 Einzelmitglieder mit einem durchschnittlichen Vermögen von 1,4 Millionen Dollar und 170 der 500 führenden US-Konzerne an; er beschäftigt mehr als 330 Mitarbeiter, hat ein Jahresbudget von 60 Millionen Dollar und ein Vermögen von 490 Millionen Dollar. Der CFR ist damit der größte und mächtigste der privaten US-Thinktanks und maßt sich an, in geheimen Sitzungen, die meist hinter verschlossenen Türen in Nobelhotels in New York oder Washington stattfindenden, über die Zukunft der Menschheit zu entscheiden. Nach Shoups Meinung hat der CFR in den letzten vier Jahrzehnten seine konkurrenzlose Position als wichtigste private Organisation der USA gefestigt, seine Schlüsselrolle sogar noch ausgebaut und ist zum zentralen Entscheidungsgremium der relativ wenigen Plutokraten (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Plutokratie>) geworden, die nicht nur die USA, sondern auch große Teile der übrigen Welt beherrschen.

Es passt zu dieser Beschreibung, dass CFR-Mitglieder schon lange wichtige Rollen in der US-Exekutive spielen. Es seien nur einige Beispiele genannt. Dem CFR gehörten und gehören an: Finanzminister Michael Blumenthal, Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, Außenminister Cyrus Vance, Abrüstungsdirektor Paul Warnke, Vizepräsident Walter Mondale, Verteidigungsminister Harold Brown und CIA-Direktor Stansfield Turner aus der Regierung des Präsidenten Jimmy Carter – die Außenminister Alexander Haig und George Schultz, die Sicherheitsberater Colin Powell und Frank Carlucci, Finanzminister Donald Regan, die Verteidigungsminister Casper Weinberger und Frank Carlucci und die CIA-Direktoren William Casey und William Weber aus zwei Regierungen des Präsidenten Ronald Reagan – 10 der 11 wichtigsten Außenpolitiker des Präsidenten George H. W. Bush – 15 der 17 wichtigsten Außenpolitiker und 2 von 3 Finanzministern des Präsidenten Bill Clinton – 14 der wichtigsten Außenpolitiker des Präsidenten George W. Bush – 12 Außenpolitiker und 5 Innenpolitiker in beiden Regierungen des Präsidenten Barack Obama.

Der CFR ist durch Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften auch bestens mit anderen privaten US-Thinktanks und politischen Einrichtungen vernetzt – zum Beispiel mit der Brookings Institution (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution), der Carnegie Institution (s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Carnegie_Institution_for_Science), dem Wilson Center (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Woodrow_Wilson_International_Center_for_Scholars), dem American Enterprise Institute (s. https://de.wikipedia.org/wiki/American_Enterprise_Institute), der Heritage Foundation (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Heritage_Foundation), dem Peterson Institute for International Economics, (s. unter https://en.wikipedia.org/wiki/Peterson_Institute_for_International_Economics) der RAND Corporation (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/RAND_Corporation) und mit anderen privaten Organisationen wie der U.S. Chamber of Commerce (Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Chamber_of_Commerce), dem Business Council (s. <http://www.thebusinesscouncil.org/>), dem Business Roundtable (s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/Business_Roundtable), führenden Lobby-Unternehmen, 500 führenden US-Konzernen, privaten Anlageberatungs- und Vermögensverwaltungsfirmen, führenden Beratungsfirmen wie den Kissinger Associates (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Kissinger_Associates) und der Albright-Stonebridge Group (s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Albright_Stonebridge_Group), führenden Universitäten wie Harvard und Yale, großen Stiftungen wie der Rockefeller Foundation, (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Rockefeller-Stiftung>) und Mainstream-Medien wie der *New York Times*, dem *Wall Street Journal*, und der *Washington Post*.

CFR-Autoren haben zwischen 1987 und 2014 mehr als 180 Bücher und zwischen 1993 und 2014 fast 1.800 Artikel in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht. Das mo-

natlich erscheinende CFR-Magazin *Foreign Affairs* ist das einflussreichste aller Printmedien, weil es von allen wichtigen Politikern gelesen wird. CFR-Mitglieder schreiben regelmäßig Kommentare in Zeitungen und treten in Radio- und TV-Sendungen auf, um die neoliberalen und imperialistischen Zielsetzungen des CFR zu propagieren. [s. dazu auch Shoups zutreffende Definition von "Neoliberalismus" in Anmerkung 1] Der CFR veranstaltet fast 1.000 Tagungen pro Jahr, die nicht nur in New York und Washington, sondern auch in vielen anderen Großstädten der USA stattfinden. Außerdem treffen sich führende CFR-Leute ständig zu informellen Gesprächen und Beratungen mit Regierungsmitgliedern der USA und des Auslandes.

Als Interessenvertretung einer "kleinen, sich aber international immer stärker verzahnenden Kapitalistenklasse", die nach Shoup die ganze Welt beherrschen will, hat der CFR seit den 1970er Jahren ein internationales Netzwerk geschaffen, das nicht nur reiche und mächtige Einzelpersonen, sondern auch ähnliche Organisationen auf der ganzen Welt umfasst. Zu den relevantesten Institutionen gehören seine britische Schwesterorganisation, das Royal Institute of International Affairs (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Chatham_House), die elitären europäischen Bilderberger (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bilderberg-Konferenz>), die von Konzernen beherrschte Trilaterale Kommission (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Trilaterale_Kommission), eine Verbindung zwischen den Eliten der USA, Europas und Japans, die in den 1970er Jahren gebildet wurde, um "demokratische Exzesse" zu bekämpfen, die G30 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Group_of_Thirty), ein privates, internationales Gremium, bestehend aus führenden Vertretern des Finanzsektors und der Wissenschaft aus den USA, Europa und Asien, das International Advisory Board des CFR (s. http://www.cfr.org/content/about/annual_report/ar_2009/Intl_Advisory_Board2009.pdf) aus superreichen Kapitalisten der ganzen Welt und der "Council of Councils" des CFR (s. <http://www.cfr.org/councilofcouncils/>), in dem sich die führenden neoliberalen Thinktanks aus den 20 reichsten Staaten der Welt treffen.

Shoup weist nach, dass im CFR eine gesellschaftliche Schicht besonders stark vertreten ist – die führenden Banker der USA. Mit einer Ausnahme kamen alle Vorstandsmitglieder des CFR in den letzten viereinhalb Jahrzehnten aus der kapitalistischen Elite des Finanzzentrums Wall Street – zum Beispiel David Rockefeller, der Erbe des größten Familienvermögens der Geschichte und Chef der Chase Manhattan Bank, der von 1970 bis 1985 dem CFR-Vorstand angehörte, Peter Peterson, der Milliardär und Mitbegründer der Blackstone Group (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Blackstone_Group), der von 1985 bis 2007 dem CFR-Vorstand angehörte, und der gegenwärtig dem CFR-Vorstand angehörende Robert Rubin, ein ehemaliger Generaldirektor bei Goldman Sachs und bei der Citigroup, Finanzminister Bill Clintons, Wirtschaftsberater der Obama-Regierung, der seit 2007 im CFR-Vorstand sitzt.

Über die kapitalistische, an den Wünschen der Wall Street orientierte Ausrichtung des CFR wird nicht so gern gesprochen. Ein langjähriges führendes Mitglied, der Intellektuelle Michael Mandelbaum, hat aber vor zehn Jahren einmal zugegeben, dass "eine relativ kleine außenpolitische Elite ... den grundlegenden Kurs der US-Außenpolitik bestimmt ..., auf den die Öffentlichkeit kaum Einfluss" habe. Shoup meint dazu: "Was Mandelbaum als 'Elite' bezeichnet, ist in Wirklichkeit die herrschende Klasse mit ihren Instrumenten CFR."

"Es gibt nur relativ wenige wichtige Institutionen in den USA, die nicht mindestens teilweise vom CFR beeinflusst sind," stellt Shoup fest, "und die sind politisch weit rechts angesiedelt." Das prominenteste Beispiel ist das wirtschaftliche und politische Firmenimperium der "Koch Brothers" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Koch_Industries), die den Glauben des CFR an "einen starken Staat", der die kapitalistische Elite "mit seiner Regierung zu schützen und zu stützen hat", nicht teilt. Personen und Institutionen, die "nur ganz wenig links

von der Mitte" angesiedelt sind – wie der meisten heutigen US-Gewerkschaften – betrachtet der CFR ohnehin als "irrelevant".

Damit das ganz klar ist, der ideale "starke Staat" ist für den CFR kapitalistisch, neoliberal und imperialistisch. Es ist eine Staatsform, in der – wie es der linke Soziologe Pierre Bourdieu ausdrückt – "die rechte Hand des Staates", die den Reichtum und die Macht nach oben umverteilt, die Kriege führt und die Arbeiterklasse diszipliniert, viel stärker ist als "die linke Hand des Staates", die den Interessen der Arbeiter, der Armen und dem Gemeinwohl Vorrang einräumt. Bei der unter der irreführenden Bezeichnung "Renewing America Initiative" (s. <http://www.cfr.org/projects/world/renewing-america/pr1527>) laufenden CFR-Aktion zur "Restaurierung der globalen US-Macht zu Hause" geht es darum, die hohe US-Staatsverschuldung zu verringern; das soll aber nicht durch höhere Besteuerung der Reichen oder Kürzung des riesigen Pentagon-Budgets geschehen, mit dem 54 Prozent der Staatsausgaben für die Rüstungsindustrie abgezweigt werden, sondern durch Kürzung der Ausgaben für die Sozialversicherung und die Gesundheitsfürsorge; diese Ausgaben sind aber, wie Shoup erklärt, keinesfalls "Geschenke" des Staates, sondern Rückzahlungen vom Staat verwahrter, sauer verdienter Ersparnisse von Millionen von Arbeitern. Der CFR verlangt vom Staat auch, dass er seine Einwanderungspolitik "den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Konzerne anpasst", die Macht der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor einschränkt und die Restriktionen bei der Ölförderung in Naturschutzgebieten und bei der Gasförderung durch Fracking aufhebt. Das alles will die Mehrheit der US-Bevölkerung nicht.

CFR-Präsident Richard Haass, der auch Direktor der Firma Fortress Management (s. <http://www.offshore-iom.com/>) ist, hat in seinem 2013 veröffentlichten einflussreichen Buch "Foreign Policy Begins at Home: The Case for Putting America's House in Order" (Außenpolitik beginnt zu Hause: Ein Grund, unser Haus USA in Ordnung zu bringen, zu beziehen über Amazon) eine deutliche Erhöhung des Rentenalters gefordert. Er freue sich auf eine Zeit, "wenn Leute, die 60 Jahr alt werden, noch 10 bis 20 Jahre länger arbeiten können". Wie die meisten Mitglieder des CFR-Vorstandes und viele Mitglieder dieser Organisation könnte Haass, der auch ein Verfechter der Privatisierung ist, sofort aufhören zu arbeiten, weil er sich das leisten kann.

Seine Vorstellungen stimmen mit denen überein, die der ebenfalls dem CFR angehörende Harvard-Professor Samuel P. Huntington mit seinem bereits 1975 veröffentlichten Buch "The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission" (Die Krise der Demokratie: Ein Bericht über die Regierbarkeit von Demokratien an die Trilaterale Kommission, zu beziehen über Amazon) verbreitet hat. Offen zugebend, dass der Kapitalismus keine Regierungsgewalt verträgt, die vom Volk ausgeht, behauptete Huntington, die USA litten seit der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren unter "demokratischen Exzessen" und einer "demokratischen Verwirrung". Zur Eindämmung dieser "gefährlichen Bestrebungen" empfahl Huntington unter anderem eine Senkung der Regierungsausgaben, die der Bevölkerung zugute kommen, und die Ausweitung des kapitalistischen "freien Marktes". Shoup stellt dazu fest [s. Anmerkung 1]: "Mit der unverstellten Befürwortung neoliberaler Prinzipien brach Huntington ein Tabu, das vor ihm unantastbar war und besagte: In der wunderbaren, außergewöhnlich demokratischen US-Gesellschaft darf niemand benachteiligt werden.

Wer wird uns von dem fatalen Einfluss des CFR befreien? Wie Shoup zeigt, ist der CFR seit den 1970er Jahren an allen wichtigen Entscheidungen in den gesamten USA und in großen Teil der Welt maßgeblich beteiligt. Die bedrohliche Umverteilung des Reichtums und der Macht an die herrschende Klasse, die in den letzten 40 Jahren nicht nur in den USA stattgefunden hat – in den USA besitzt das 1 % an der Spitze mehr Reichtum als die

90 % am Boden der Einkommenspyramide – ist dem extremen Kapitalismus zuzuschreiben, den Keynes (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_Maynard_Keynes) und Ford propagiert und klassenbewusste CFR-Intellektuelle wie der Yale-Professor Walter Russell Mead (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Walter_Russell_Mead) als Millennium-Kapitalismus bezeichnet haben [s. Anmerkung 2] und den der CFR im Lauf der letzten vier Jahrzehnte mit aller Macht gefördert hat. Die totale, massenmörderische und weltweit einmalige Zerstörung des Iraks ist die schlimmste und brutalste außenpolitische Aktion der USA seit dem Vietnamkrieg in Südostasien; der Krieg gegen den Irak wurde vom CFR gefordert und unterstützt, weil er seinen neoliberalen und imperialistischen Zielen entsprach und Washington die Kontrolle über die ausgedehnten irakischen Ölvorkommen verschaffen, das Land dem "freien Markt" öffnen sollte und als weiterer wichtiger Schritt zur militärischen und wirtschaftlichen Weltherrschaft des Kapitalismus angesehen wurde [s. Anmerkung 3]. Unbeeindruckt von Washingtons kriminellem Fehlschlag im Irak, drängt der CFR hartnäckig darauf, dass die USA auch weiterhin eine "neoliberale und imperialistische Geopolitik" verfolgen. Der CFR treibt die NATO-Osterweiterung und Freihandelsabkommen wie die Transpazifische Partnerschaft / TPP und die Transatlantischer Handels- und Investitionspartnerschaft / TTIP voran, riskiert eine gefährliche militärische Konfrontation mit China im westlichen Pazifik, will die Ukraine und andere ehemaligen Sowjetrepubliken in das kapitalistische System des Westens integrieren, obwohl er damit eine tödliche Auseinandersetzung mit Russland provoziert, treibt die Zerstörung Syriens voran, deckt die imperialistische Politik Israels, beschleunigt die Terrorisierung und Militarisierung des riesengroßen Kontinents Afrika durch den Einsatz von Special Operations Forces (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Special_Operations_Command) und Drohnen-Angriffen, um dschihadistische Gruppierungen einschleusen und mit genetisch verändertem Saatgut die einheimische Landwirtschaft abhängig machen zu können, und treibt mit einer zerstörerischen neoliberalen Sozialpolitik den gesamten globalen Süden in noch größere Armut.

Obwohl die Geißel des von Menschen verursachten Klimawandels die Zukunft und das Überleben der Menschheit bedroht, wird sie vom CFR nicht beachtet; er beharrt stur auf seiner neoliberalen Politik und lehnt jede Einschränkung der Kapitalvermehrung entschieden ab. Shoup bemerkt dazu: "Organisationen der Kapitalistenklasse wie der CFR wollen die globale ökologische Krise nicht wahrhaben. Zur Rettung des Planeten und der auf ihm vorhandenen Lebensformen müsste die Regierung den Abbau und die Verwendung fossiler Brennstoffe drastisch einschränken. Diese Einschränkung würde aber die vom CFR propagierte, angeblich auf "freien Märkten", in Wirklichkeit aber auf Monopolen beruhende neoliberale kapitalistische Weltordnung empfindlich stören."

Weil der kapitalistische und imperialistische CFR die Bewahrung elementarer materieller Voraussetzungen für das Überleben der Menschheit sabotiert, ist eine demokratische Revolution gegen seine Herrschaft unerlässlich. Die Menschen müssen wieder die Kontrolle über ihre Staaten übernehmen und die aus dem Hintergrund mit Hilfe des CFR und anderer elitärer Gruppierungen von Kapitalisten gesteuerten Plutokratien beseitigen. Wir haben die Wahl zwischen einem von der Bevölkerung mitgetragenen und mitbestimmten Öko-Sozialismus und einem immer barbarischer werdenden Kapitalismus, der uns – wenn wir ihn nicht abschaffen und Glück haben – nur dann erspart bleibt – wenn er und wir mit ihm an seiner Gier zugrunde gehen.

Anmerkungen

1. Nach Shoups Analyse wurde der Keynesianismus (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Keynesianismus>), der früher den westlichen Kapitalismus prägte, in den letzten vier Jahrzehnten durch die "Doktrin des Neoliberalismus" ersetzt; darunter wird die uneingeschränkte

Bewegungsfreiheit für Kapital und Waren auf globalen "freien Märkten" und die internationale, von allen Staaten akzeptierte und durchgesetzte Globalisierung der Wirtschaft verstanden. Auf dieser unanfechtbaren Mobilität des Kapitals beruht das gesamte Wirtschaftssystem, auch wenn das einen ständigen Klassenkampf von oben nach unten zur Folge hat. Weil der Neoliberalismus den Konzernen alle Freiheiten lässt, stellt er auch einen ideologischen Angriff auf die Idee des kollektiven Eigentums, also auf den Sozialismus, auf die freie innerstaatliche Entwicklung und auf die Solidarität bei der Bewältigung sozialer Probleme – also auf die Gewerkschaften und eine solidarische Gesellschaft – dar. Stattdessen wird die "Freiheit des Individuums" verherrlicht. Im Keynesianismus haben sich die kapitalistischen westlichen Eliten im mittleren Drittel des letzten Jahrhunderts für kurze Zeit auf einen "Klassenkompromiss" eingelassen und Gewerkschaften und einige staatliche Regulierungen des Kapitalmarkts hingenommen. Die Steuern für die Konzerne und die Reichen waren sogar relativ hoch. Der Staat konnte seine Industriepolitik planen und sogar staatliche Unternehmen betreiben. Man versuchte, Vollbeschäftigung und ein vernünftiges Niveau bei der Sozialfürsorge für die Bevölkerung zu erreichen. [Shoup, Wall Street's Think Tank, S. 163-164]

2. In seinem 2004 veröffentlichten Buch "Power, Terror, Peace, and War: America's Grand Strategy in a World at Risk" (Terror, Frieden und Krieg: Die Strategie der USA in einer Welt voller Gefahren, zu beziehen über Amazon) hat sich (Walter Russell) Mead, ein führender Berater des CFR-Mitgliedes Henry A. Kissinger in außenpolitischen Fragen, mit dem Übergang vom "Fordismus" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Fordismus>), der den Kapitalismus von 1910 bis in die 1970er Jahre prägte, in den von ihm so getauften gegenwärtigen "Millenium-Kapitalismus" befasst und dabei die zutreffenderen Bezeichnungen "Keynesianismus" und "Neoliberalismus" völlig ausgespart. Unter "Fordismus" versteht Mead nur die Wirtschaftspolitik einzelner Kapitalisten wie Henry Ford, die ihren Fließbandarbeitern wenigstens so viel zahlten, dass (sie die von ihnen hergestellten Produkte auch kaufen konnten. Mead "vergisst" die zahlreichen und kostspieligen Streiks im Rahmen des Klassenkampfes zu erwähnen, mit denen es den Arbeitern in Lauf vieler Jahrzehnte gelang, Gewerkschaften, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und sonstige Errungenschaften durchzusetzen. Er tut so, als hätten die Kapitalisten die Gewerkschaften, die Verbesserung der Einkünfte und des Sozialsystems und die Möglichkeit staatlicher Eingriffe freiwillig gewährt. Mead behauptet, weil Fordismus und Keynesianismus überholt gewesen seien, habe sich eine neue, lebensfähigere Form des Kapitalismus herausgebildet, den er "Millenium-Kapitalismus" nennt. [Shoup, Wall Street's Think Tank, S. 193]. Wenn sie unter sich sind, sprechen die kapitalistischen "Eliten" auch einmal Klartext über den Kapitalismus, wie sie ihn verstehen.

3. Das neoliberale, kriegstreiberische, nur an Ressourcen interessierte, imperialistische Denken im CFR, das sich auch in der Unterstützung des fatalen, kriminellen und massenmörderischen Überfalls auf den Irak und dessen Besetzung und Zerstörung äußert, ist auch in folgenden Artikeln nachzulesen, aus denen Shoup zitiert:

CFR Präsident Richard Haass, "What to Do With American Primacy", s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/1999-09-01/what-do-american-primacy>)

Fouad Ajami, "The Sentry's Solitude", (s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2001-11-01/sentrys-solitude>)

CFR Senior Fellow Kenneth Pollack, "Next Stop Baghdad?" (s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/iraq/2002-03-01/next-stop-baghdad>)

Sebastian Mallaby, "The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for

American Empire", (s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2002-03-01/re-luctant-imperialist-terrorism-failed-states-and-case-american>)

Donald Rumsfeld, "Transforming the Military", (Text s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2002-05-01/transforming-military>)

Elliot Cohen, "A Tale of Two Secretaries", (s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2002-05-01/tale-two-secretaries>)

CFR Senior Fellow Michael Mandelbaum, "U.S. Most Plan Post-Hussein Iraq", (Newsday, 1. August, 2002)

Kenneth Pollack, "The Threatening Storm: The Case for Invading Iraq", (s. <http://www.amazon.com/The-Threatening-Storm-Case-Invading/dp/0375509283>)

Pollack, "Securing the Gulf", (s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2003-07-01/securing-gulf>)

Ich erinnere mich noch daran, den letzten Artikel vor und nach dem Überfall George W. Bushs auf den Irak gelesen zu haben, und wie entsetzt ich über die offen imperialistische, ölhungrige interne Diskussion in CFR-Kreisen war, die sich nicht mit der Doktrin vereinbaren ließ, dass die einzigartigen USA niemals einen imperialistischen Krieg anzetteln würden. [Auch die Schaffung eines US-Imperiums war unter den führende CFR-Planern kein Tabu.] Michael Mandelbaum, der Chefdenker des CFR und ein glühender Befürworter der Irak-Invasion, erklärte damals: "Wenn die USA ein Goliath sind, dann ein gutmütiger." Er stellte das US-Imperium als Wohltäter dar, das sich nobel und selbstlos verhalte – aus dem Wunsch heraus, die Welt besser, sicherer und demokratischer zu machen. [s. Michael Mandelbaum, "The Case for Goliath: How America Acts as the World's Government in the 21st Century", das Buch ist zu bestellen unter <http://www.amazon.com/The-Case-Goliath-America-Government/dp/1586484583> .] Die Millionen Iraker und die vielen anderen Menschen, die von dem erbarmungslosen "Uncle Sam" schon im letzten und in diesem Jahrhundert getötet, ermordet oder vertrieben wurden, passen allerdings nicht in dieses geschönte Bild.

(Wir haben den schlüssigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links und Ergänzungen in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Infos über ihn sind nachzulesen unter http://www.paulstreet.org/?page_id=2 . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Yes, There is an Imperialist Ruling Class

Posted By Paul Street
October 6, 2015

Contemporary history is neither a series of random occurrences nor the predetermined plaything of a small cabal of super-empowered conspirators. The truth is somewhere in-between. A sizeable cadre of class- and system-conscious deep-state and imperial planners from the heights of concentrated private and governmental power join together to shape the outlines of much of recent history. Along with professional class "experts" agree-

able to their basic aims, they do so in accord with their shared interests in the endless upward accumulation of wealth and power. They serve the profits system that is still headquartered primarily in the United States even as it develops ever more and varied outposts across a globalizing world.

They exercise vastly disproportionate influence on the course of events and policy largely behind the scenes, in the darkly deceptive name of democracy. But it isn't about conspiracy. The planners in question are numerous. Their names, activities, and backgrounds and the record of their influence are all open to investigation by those with the time, skill, energy, and willingness to make the connections.

It's about class power and the unelected and interrelated dictatorships of money, wealth, and empire that rule beneath and beyond the pretense of popular governance. ("We must make our choice," the U.S. Supreme Court Justice Louis Brandeis wrote in 1941: "We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of the few, but we cannot have both.") It's about capitalism and its evil twin imperialism, with strong doses of racism, patriarchy, nationalism, police-statism, and eco-cide thrown in. It's about what Karl Marx called "the bourgeoisie's...need of a constantly expanding market ...over the whole surface of the globe." "Capital," the German left Marxist Rosa Luxemburg once observed, "needs the means of production and the labor power of the whole world for untrammelled accumulation."

Nowhere is the planning and influence of the ruling class of the world's and history's most powerful capitalist state, the United States, more evident than in the Council of Foreign Relations (CFR). There are hundreds of institutions and organizations in which elite planning and networking occurs both at home and abroad. But, as the left historian Shoup shows in his indispensable new book *Wall Street's Think Tank: The Council of Foreign Relations and the Empire of Neoliberal Geopolitics, 1976-2014* (Monthly Review Press, 2015), no such group remotely approximates the CFR in scale, reach, and influence when it comes to articulating the national and global class interests of the U.S. capitalist elite and a growing transnational capitalist ruling class. With an individual membership of 5000 (boasting an average household worth of \$1.4 million), a top Fortune 500 corporate membership of 170, a staff over 330, a budget of \$60 million, and assets of \$490 million, the Council is "the largest and most powerful of all U.S. private think tanks that presume to discuss and decide the future of humanity in largely secret meetings behind closed doors in the upper-class neighborhoods of New York and Washington. During the last four decades," Shoup observes, "the CFR has not only successfully continued its central position as the most important private organization in the United States, one with no real peer in the country. It has succeeded in expanding its key role, and remains at the center of the small plutocracy that runs the United States and much of the world."

Consistent with that description, CFR members have long played prominent roles in the U.S. executive branch. Some among the many examples (what follows is a small sample) include President Jimmy Carter's secretary of treasury (Michael Blumenthal), national security adviser (Zbigniew Brzezinski), secretary of state (Cyrus Vance), and arms control director (Paul Warnke), vice president (Walter Mondale), secretary of defense (Harold Brown), and CIA director (Stansfield Turner); President Ronald Reagan's secretaries of state (Alexander Haig and George Schultz), national security advisers (Colin Powell and Frank Carlucci), secretary of treasury (Donald Regan), secretaries of defense (Casper Weinberger and Frank Carlucci) and CIA directors (William Casey and William Weber); ten of CFR member George H.W. Bush's eleven top foreign policymakers; fifteen of CFR member Bill Clinton's top seventeen foreign policymakers along with two of three of Clinton's treasury secretaries; fourteen of George W. Bush's top foreign policy officials;

twelve of Obama's top foreign policy positions along with CFR members in five of his domestic policy cabinet positions.

The CFR possesses an unrivalled and vast domestic network of overlapping membership and directors with other leading "nonprofit" think-tanks and policy groups (Brookings, Carnegie, the Wilson Center, the American Enterprise Institute, the Heritage Foundation, the Peterson Institute for International Economics, the RAND Corporation, and many more), other private policy groups (including the U.S. Chamber of Commerce, the Business Council, and the Business Roundtable), leading lobbying firms, top Fortune 500 corporations, top private equity and other non-bank investment firms, the top for-profit strategic political risk and advisory corporations (including Kissinger Associates and the Albright-Stonebridge Group), leading universities (Harvard and Yale above all), major foundations (led especially by the Rockefeller Foundation), and top corporate media including numerous key connections with the New York Times, the Wall Street Journal, and The Washington Post.

The CFR's Studies Program generated more than 180 books between 1987 and 2014 and just less than 1800 academic journal articles between 1993 and 2014. The CFR's regular monthly journal *Foreign Affairs* is the single most influential of all print media publications among government policymakers. CFR Fellows regularly publish Opinion-Editorials and appear in broadcast media to advance the CFR's neoliberal (see note 1 below for Shoup's useful definition of "neoliberalism") and imperial agenda. The organization holds nearly a thousand meetings a year, mainly in New York and Washington but also in numerous other large cities across the U.S. And CFR leaders engage in countless informal consultations and briefings with U.S. and foreign government leaders at home and abroad.

Consistent with the emergence over the past four decades of a "small but increasingly integrated transnational capitalist class...in some respects a worldwide ruling class" (Shoup), the CFR has since the 1970s developed a large number of international networks with wealthy and powerful "superclass" individuals and groups around the world. Relevant institutions here include its British counterpart and sister group The Royal Institute of International Affairs, the elite European Bilderberg Group, the heavily corporate-permeated Trilateral Commission (combining U.S., European, and Japanese elites who joined together to combat the "excess of democracy" in the early 1970s), the G30 (the Group of Thirty, a private gathering of top private and public financial authorities from across the U.S., Europe, and Asia), the CFR's International Advisory Board (headed by super-wealthy capitalists from across the world), and a global CFR "Council of Councils" bringing together the top neoliberal think-tanks from the world's richest 20 nations.

No societal stratum has been more prominently and influentially represented in the CFR than the top section of the U.S. capitalist class, Shoup shows. With one possible partial exception, all of the organization's top ten leaders over the last four and a half decades have come from the capitalist elite "and especially represent the financial sector known as Wall Street." Examples include CFR chairs David Rockefeller (heir to the greatest family fortune in history, head of Chase Manhattan Bank, and CFR chair from 1970 to 1985), Peter Peterson (the billionaire co-founder of the private equity Blackstone Group and CFR chair from 1985 to 2007), and current CFR chair Robert Rubin (former CEO of Goldman Sachs and Citigroup, Bill Clinton's treasury secretary, adviser to top Obama administration economic policymakers, and CFR co-chair since 2007).

The capitalist, Wall Street-oriented nature of the CFR is something the body does not like to advertise about itself. One of its longtime Senior Fellows and top intellectuals, Michael Mandelbaum readily acknowledged ten years ago that "a relatively small foreign policy elite...sets the general course of [U.S.] foreign policy....with little or no input from the wider

public.” But, Shoup notes, “what [Mandelbaum] refers to as an ‘elite’ is actually a capitalist ruling class led by his own organization, the CFR.”

“There are only a relatively few important domestic institutions not connected or [at least] minimally tied to the Council,” Shoup notes, “and those are generally on the far-right side of the political spectrum.” The most prominent example is “the Koch Brothers economic and political empire,” which does not share the CFR’s faith in “a powerful state” – one that provides the capitalist elite with “government protection, intervention, and largess.” The CFR has little interest in association with any institutions and actors “that are at least a little left of center, such as most of today’s labor movement...considered irrelevant by the Council.”

To be clear, the CFR’s ideal “powerful state” is capitalist-neoliberal and imperial. It is one in which what the left sociologist Pierre Bourdieu called “the right hand of the state” (the parts of government that work to redistribute wealth and power yet further upward, fight wars, and discipline the working and lower class majority) is far more potent and well-funded than “the left hand of the state”: the parts of government, won by past popular movements, that protect and advance the interests of workers, the poor, and the common good. The CFR’s recent and deceptively named “Renewing America Initiative” for “restoring U.S. global power at home” advocates federal debt reduction not through progressive taxation or cutting back the giant Pentagon budget (a massive subsidy to high-tech corporations that accounts for 54% of U.S. federal discretionary spending) but through major rollbacks of so-called entitlements like Social Security and Medicare (Shoup explains that both programs “are actually not gifts but the earned savings from the millions of workers, held in trust by the federal government”). It calls for tying immigration policy more directly to “the market needs of corporations,” for the rollback of public sector union membership and power, and for increased domestic and eco-cidal oil and gas drilling (including hydraulic fracturing) and strip mining. All of this is contrary to majority public U.S. opinion.

In his influential 2013 book *Foreign Policy Begins at Home: The Case for Putting America’s House in Order*, CFR President Richard Haass (a director of a leading global investment management firm, Fortress Management) called for a significant extension of the U.S. retirement age. He looked forward to a time “when people [who] turn sixty...will still be ‘facing as many as ten to twenty years of work.’” Like most CFR officials and many of the organization’s members, Haass, a privatization advocate, doesn’t have to work another day in his life if he doesn’t want to.

It is all very consistent with the argument of CFR member and Harvard professor Samuel P. Huntington’s argument in 1975 book *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. Acknowledging candidly that capitalism is opposed to popular governance, Huntington argued that the U.S. was suffering from an “excess of democracy” and a “democratic distemper” resulting from disorderly citizen upsurges during the 1960s. To calm this dangerous overindulgence of popular sovereignty, Huntington recommended, among other things, a weakening of government expenditures and regulations and an expansion of private “free market” capitalism’s role. As Shoup notes, “The bluntness of Huntington’s and direct advocacy of the neoliberal[1] gospel violated a taboo among the powerful of U.S. society, namely that the rhetoric of the United States as a wonderful and exceptionally democratic society should never be openly challenged.”

Who will save us from the calamitous relevance of the CFR? The CFR’s fingerprints, Shoup shows, are all over domestic U.S. and global history since the 1970s, Shoup shows. The drastic upward concentration of wealth and power that has taken place both within and beyond the U.S. (the top U.S. 1 % currently possesses more wealth than the nation’s bottom 90%) over the last four decades traces directly to the neoliberal – extreme

capitalist (post-Keynesian, “post-Fordist,” and even “Millennial” capitalism in the language of top class- and system-conscious CFR intellectuals like Yale’s Walter Russell Mead[2]) – world view and policies that CFR directors and experts have powerfully and relentlessly advanced in accord with the organization’s corporate and financial essence over the last four decades. The monumental, mass-murderous, and globally significant U.S. destruction of Iraq – the most important and disastrous U.S. foreign policy action since “the Vietnam war” (the U.S. war on Southeast Asia) – was carried out in accord with the CFR’s openly imperial and neoliberal calls for Washington to seize control of Iraq’s vast oil resources (understood by top CFR experts as a critical weapon of hegemonic geopolitical leverage in the world capitalist economic and military system) and turn Iraq into a “free market paradise.”[3] Undeterred by Washington’s criminal failures in Iraq, the CFR relentlessly pushes forward the imperial, US-led expansion of “the empire of neoliberal geopolitics.” It advances the expansion of NATO, investor rights “free trade” measures (the arch-corporatist-globalist Trans Pacific Partnership [TPP] and Transatlantic Trade and Investment Partnership [TTIP]), a growing and dangerous military rivalry with China in the western Pacific, the drive to incorporate Ukraine and other former Soviet states into Western capitalism (helping stoke a potentially deadly conflict with Russia), the destruction of Syria, the protection of key imperial partner Israel, the terrorization and militarization of the vast darker-skinned “developing world” through the far-flung deployment of jihad-fueling Special Operations Forces and drone strikes (among numerous other murderous and racist U.S.-imperial means), the spread of dispossession-inducing forms of genetically engineered agriculture, and the advocacy of destructive neoliberal social policies in the vast and deeply impoverished global South.

Meanwhile, the scourge of anthropogenic climate change emerges as the leading threat to human survival and a decent future with no serious acknowledgement or opposition from the CFR, consistent with its fierce neoliberal opposition to any serious restrictions on capital. As Shoup notes, “The facts of the global ecological crisis are ones that a capitalist-class organization like the CFR do not want to face: to save the planet and its existing life-forms, fossil-fuel mining and burning has to be severely restricted by government fiat. This conclusion goes against the entire neoliberal free-market monopoly finance capitalist world order that the CFR has sponsored.”

The at once capitalist and imperialist commitments of the CFR trump the basic material requirements of human and survival, making it an existential imperative for humanity to undertake a popular-democratic revolution to bring into being “nation states controlled by the people” instead of plutocracies run by capitalist “deep states” made up in the U.S. by the CFR and its many power elite partner groups. It’s popular, participatory and democratic eco-socialism or barbarism if we’re lucky – or extinction, it appears.

Endnotes

1 By Shoup’s analysis the former dominant Western capitalist paradigm of Keynesianism has “been replaced” over the last four decades “by the doctrinal cluster of ideas called ‘neoliberalism,’ formally dedicated to the free movement of capital and goods worldwide (free markets) and multinational and transnational corporate globalization, promoted and enforced by state power. This is capital’s default position, the direction that the system always pushes toward, taking into account the level of class struggle from below. Besides being an economic prescription, the corporate liberation project of neoliberalism also represents an ideological attack on the ideas of collective property (socialism), national development (national liberation), and social solidarity (trade unionism and community). Instead, individualism is exalted.” In the “Keynesian scheme” and “system” that the Western capitalist elite briefly and contingently accepted to a significant degree in the middle third of the last century, “unions for workers were accepted with the ‘class compromise’; state-

imposed regulations restrained some actions of capital; taxes on corporations and the wealthy were relatively high; state planning, industrial policy, and state ownership existed in many cases; and there was some attempt at achieving full employment and a level of social welfare of rank-and-file citizens through varied forms of social welfare.” Shoup, Wall Street’s Think Tank, 163-164.

2 In his 2004 book *Power, Terror, Peace, and War: America’s Grand Strategy in a World at Risk*, Mead, the CFR’s Henry A. Kissinger Senior Fellow in U.S. Foreign Policy “discusses the transition from what he calls the ‘Fordist’ era of capitalist development dominant from the 1910s to the 1970s to our current era of what he calls ‘Millennial Capitalism,’ almost entirely avoiding the more useful and accurate terms ‘Keynesianism’ and ‘neoliberalism.’ The term ‘Fordism,’ as used by Mead, is simply the policy of certain capitalists, one of the first being Henry Ford, to pay their mass production workers enough to purchase the goods they, the workers, produce. Mead does not mention the intense and costly class struggles that workers engaged in over many decades to achieve even some level of unionization and the resulting higher wages, better working conditions, and benefits in a given industry. He simply presents it as a given that eventually some capitalists accepted unions, resulting in a more administered, regulated, and stable socioeconomic system, characterized by some state planning, a level of class compromise and less income equality...Mead points out that Fordism/Keynesianism ‘has gradually been yielding to ...a new more vigorous form of capitalism’ which is now being invented and explored...what he calls ‘Millennial Capitalism.’” Shoup, Wall Street’s Think Tank, 193. (Amongst themselves, ruling and professional class “elites” are not entirely averse to communicating in significantly class- and system-conscious ways about capitalism as they understand it.)

3 For the CFR’s neoliberal, war-mongering, and petro-imperialist geo-political thinking in support of the calamitous, arch-criminal, and mass-murderous occupation and destruction of Iraq, see the following essays cited and quoted by Shoup: CFR President Richard Haass, “What to Do With American Primacy,” *Foreign Affairs* (Sept-Oct. 1999); Fouad Ajami, “The Sentry’s Solitude,” *Foreign Affairs* (November-December 2001); CFR Senior Fellow Kenneth Pollack, “Next Stop Baghdad?,” *Foreign Affairs* (March-April 2002); Sebastian Mallaby, “The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire,” *Foreign Affairs* (March-April, 2002); Donald Rumsfeld, “Transforming the Military,” *Foreign Affairs* (May-June 2002); Elliot Cohen, “A Tale of Two Secretaries,” *Foreign Affairs* (May-June 2002); CFR Senior Fellow Michael Mandelbaum, “U.S. Must Plan Post-Hussein Iraq,” *Newsday*, August 1, 2002; Kenneth Pollack, *The Threatening Storm: The Case for Invading Iraq* (New York: A Council of Foreign Relations Book, Random House, 2002); Pollack, “Securing the Gulf,” *Foreign Affairs* (July-August 2003, published under the heading “It’s the Oil, Stupid”). I recall reading the essays listed above before and after George W. Bush’s invasion and being struck by how openly imperial and oil-focused (petro-imperial) the CFR’s intra-elite discussion was – all quite contrary to the official American Exceptionalist doctrine holding that the U.S. never behaves in imperial ways. (Empire, too, is not a taboo topic amongst leading power elite planners.) Top CFR thinker Michael Mandelbaum (a leading Iraq invasion advocate), however, explains that “if America is a Goliath, it is a benign one”: a benevolent empire that acts out of a noble and selfless desire to make the world, a better, safer, and more democratic place. See Michael Mandelbaum, *The Case for Goliath: How America Acts as the World’s Government in the 21st Century* (2005). The millions of Iraqis killed, murdered, and displaced by compassionate Uncle Sam in this century (and in the last one) do not match the thesis – along with much else.